Absender SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr. 221/2000
	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
SPD-Fraktion	Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 18.05.2000

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD- Fraktion vom 27.03.2000 zur Einführung und Finanzierung eines Schülertickets für den Bereich der weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach

Inhalt

Der Antrag ist in Kopie beigelegt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Die Einführung des Schülertickets wird seit geraumer Zeit diskutiert. Die Reaktionen zu den laufenden Modellen sind von Seiten der Verkehrsträger zustimmend bis euphorisch, von Seiten der Beteiligten Schulträger durchweg negativ. Insbesondere wird von Seiten der Schulträger festgestellt, dass die Einführung des Schülertickets nicht kostenneutral erfolgen kann.

Für die Stadt Bergisch Gladbach gibt es zur Zeit noch kein konkretes Angebot über den Preis eines Schülertickets. Die RVK (Regionalverkehr Köln), die allerdings nur einen kleineren Teil der Schüler befördert, hatte mit einer Bedarfsermittlung begonnen, diese aber wieder eingestellt. Von der KWS (Wupper-Sieg) ist noch keine Aktivität sichtbar geworden. Die in loser Runde diskutierten Preise für ein Schülerticket bewegen sich in einer Spanne von 15,-- DM bis 35,-- DM.

Zur Zeit besuchen 9.119 Schüler weiterführende Schulen der Stadt Bergisch Gladbach. Von diesen Schülern sind 2.215 berechtigt, Ihre Fahrtkosten ersetzt zu bekommen. Für diese Schüler wurden im Haushaltsjahr 1999 insgesamt ca. 1 Mio. 600.000,-- DM an Beförderungskosten übernommen. Es wäre durchaus möglich, diesen Betrag auch der Finanzierung eines Tickets zuzuschließen. Auf jeden Schüler entfiel monatlich ein Zuschuss von 14,60 DM. Mit Hilfe dieser Zahlen sollte es den Verkehrsbetrieben möglich sein, den Preis für ein Schülerticket zu bestimmen. Erst dann wird die Nachfrage in den Schulen sinnvoll sein, denn die Nachfrage wird ganz wesentlich von der Höhe der Zuzahlung durch die Eltern abhängig sein. Problematisch wird die auf jeden Fall die Umlegung dieser Zuzahlung auf die Schüler, die bisher ihre Fahrtkosten zur Schule voll ersetzt bekamen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird die Verkehrsbetriebe um die Abgabe eines konkreten Angebotes für die Einführung eines Schülertickets bitten und mit diesem Angebot den Bedarf der weiterführenden Schulen feststellen. Die Ermittlung des Ergebnisses und seine finanziellen Auswirkungen werden dann im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beraten und anschließend dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.